Auch in Deutschland sollte man die neue Entwicklung auf dem Balkan nicht übersehen. Das deutsche Volk hält noch immer die Erinnerung an die gemeinsamen Schicksalstage mit der Türkei und Bulgarien während des großen Krieges lebendig. Aber über alle Sentimentalität hinweg sollte es nicht vergessen, daß sowohl die Türken, als auch die Bulgaren selber längst ihre eigenen Wege gegangen sind. Die türkische Wiedergeburt, die sich fernab von Europa vollzieht, ist längst aus dem Rahmen der Balkanpolitik entschwunden und die Fäden, die einige wenige bulgarische Intellektuelle noch in die alte Zeit hinüberspinnen, können für die deutsche Nation nicht maßgebend sein. Sie darf deshalb nicht an dem großen Werden eines neuen Südosteuropas vorübergehen, sie soll aber vor allem den neuen Kräften, die der Ausgang des Krieges auf der Balkanhalbinsel freigemacht hat, ohne Voreingenommenheit gegenüberstehen. Es wäre ein undankbares Beginnen, den Ueberbleibseln einer überwundenen Zeit mehr als Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen. Es läßt sich nicht aufhalten, daß sich die Bauernmassen des Balkans ihren Staat aufrichten. Ihr Streben aber dient dem Weltfrieden und das allein ist Anlaß genug, um ihnen wohlwollend zur Seite zu stehen.

Der Kampf um die Abrüstung.

Aus Kreisen des Völkerbundes.

Die Abrüstungskommission des Völkerbundes geht auf dem Wege weiter, den die Logik von Locarno gezeichnet hat. Das Abkommen der großen Mächte geht dahin, in Zukunft zur Austragung von Streitigkeiten das Schwert womöglich nicht zu benützen. Dieser praktische Pazifismus entspricht allerdings keiner altruistisch-idealistischen Auffassung von der Welt und den Dingen. Es kann auch ruhig herausgesagt werden, daß auch England, das die Sicherung des europäischen Friedens offenkundig forciert, dabei weniger aus Gründen der Moral u. der Ethik handelt, als aus Konsequenz einer rein vernunftmäßigen Erwägung seiner internationalen Interessen. Es mag auch eine brutale Nüchternheit der führenden Hochfinanz mitwirken, die erkannt hat, daß vielleicht die Geldmittel zur Führung eines Krieges in Zukunft nicht so leicht aus den Völkern werden geschöpft werden können. Aber wo immer die Gründe für die Vorschläge der Kommission liegen mögen, erfreulich bleibt es, daß sie die erwarteten Schlüsse zieht und die Debatte über die Abrüstung auf eine brauchbare Grundlage stellt. Die Kommission hat zunächst einen Fragebogen ausgearbeitet, in welchem sie auf Grund der Erfahrungen des Krieges eine klare Definition des Begriffes der Rüstungen zu erzielen hofft. Sie hat ferner die Bildung eines außerordentlichen Rates vorgesehen, der die Frage bearbeiten soll, und zu dessen Beschickung auch Deutschland, Rußland und die Vereinigten Staaten eingeladen werden sollen.

Günstig werden aber im Schoße des Völkerbundes nur die Aussichten auf eine Teilnahme Deutschlands beurteilt. Amerika dagegen bleibt sicher bei seinem Nein. Präsident Coolidge hat schon vordem in seiner Botschaft erklärt, daß die amerikanische Regierung keinen Wert darauf legt, sich an einer Konferenz zu beteiligen, die sich in Anbetracht des Ortes der Tagung und ihrer Zusammensetzung aller Wahrscheinlichkeit nach als zwecklos erweisen würde. Der harte Gläubiger gibt seine Position nicht auf. Die Abrüstung sieht er als ein spezifisch europäisches Problem an. Amerika selbst rüstet in Heer und Marine und die letzte Botschaft des Präsidenten empfiehlt auch die Stärkung der Luftflotte.

Das amerikanische Verhalten muß auf das ganze Abrüstungsproblem retardierend wirken. Die geplante neue Abrüstungskonferenz wird schon vor ihrem Zusammentreten zwecklos. Verschärft wird die Situation noch durch die Union der Sowjetrepubliken, die sich aus Gründen der bolschewistischen Sonderart weigert, nach Genf zu gehen. Rykow erklärt, daß Rußland niemals eine bürgerliche Mehrheit im Völkerbunde anerkennen werde. Trotzdem bringt man der bevorstehenden Zusammenkunft Chamberlains mit Tschitscherin in Genf einige Hoffnung entgegen. Auch tritt die Erwägung in den Vordergrund, daß Rußland nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eine Bekräftigung seiner außenpolitischen Isolierung erfahren werde. Die amerikanische und russische Negation zusammengenommen bleiben aber eine schwere Last auf den Arbeiten der Abrüstungskommission.

Bravo — Herr Schiele!

Die Angelegenheit der Pensionierung des Reichsministers a. D. Schiele hat jetzt durch folgenden Brief an das Reichsministerium des Innern ihre Erledigung gefunden:

„Auf das Schreiben vom 9. Oktober betr. die Festsetzung meiner Ministerpension beehre ich mich, Folgendes zu erklären: Ohne jedes Zutun von meiner Seite ist mir von amtswegen ein Ruhegehalt zugebilligt worden. Wenn diese Zuerkennung auch der gegenwärtigen Gesetzgebung entspricht und daher für mich einen klagbaren Anspruch darstellt, so habe ich doch niemals verkannt und bei den verschiedensten Anlässen zum Ausdruck gebracht, daß die Vorschriften des Reichsbeamtengesetzes über die Ministerpension nicht mehr zeitgemäß und einer Aenderung bedürfen. Ich lege Wert darauf, als pensionierter Minister schon jetzt nicht günstiger behandelt zu werden als dies nach dem zukünftigen Ministerpensionsgesetz der Fall sein würde. In Erwartung eines solchen Gesetzes werde ich deshalb, da ein Verzicht auf das Pensionsrecht staatsrechtlich unwirksam bliebe, die mir zustehende Pensionsrate der hiesigen Organisation der Kriegsblinden zur Verfügung stellen und dem Versorgungsamte einen entsprechenden Ueberweisungsauftrag zugehen lassen. gez. Schiele".

Englisch-russischer Gewerkschaftskongreß.

London, 11. Dez. Da der internationale Gewerkschaftsbund nicht bereit gewesen ist, eine Konferenz zur Einigung mit den russischen Gewerkschaften einzuberufen, ist jetzt innerhalb des Kongresses der Gewerkschaften eine Bewegung im Gange mit dem Ziel, von englischer Seite aus die ersten Schritte für die Berufung eines internationalen Kongresses zu tun, auf der mit den Sowjetgewerkschaften die Schwierigkeiten zwischen der sogenannten Moskauer und der sogenannten Amsterdamer Internationalen erörtert werden sollen.

Amerika und der Weltgerichtshof.

Neuyork, 13. Dezember. Eine Rundfrage, ob Amerika dem Weltgerichtshof beitreten solle oder nicht, ergab, daß 80 Prozent der Blätter für den Eintritt und 12 dagegen sich aussprachen, während 8 Proz. sich einer Erklärung enthielten.

Bericht über Deutschlands Reparationszahlungen.

Die ersten 1000 Millionen Goldmark.

Berlin, 13. Dez. Der Generalagent für Reparationszahlungen, S. Parker Gilbert, hat am 12. Dezember 1925 der Reparationskommission einen vom 30. November 1925 datierten Bericht erstattet über seine Tätigkeit während des ersten Jahres der Durchführung des Sachverständigenplanes, das am 1. September 1925 ablief. In einem vom 30. Mai 1925 datierten Zwischenberichts hatte der Generalagent bereits der Reparationskommission über die ersten acht Monate der Durchführung des Planes berichtet. Der nunmehrige Bericht ergänzt und vollendet den früheren und gibt nicht nur einen Rückblick auf die Auswirkung des Planes im ersten Jahre, sondern auch ein Bild von der Entwicklung der deutschen Umstellung vornehmlich auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete.

In einer kurzen Einleitung (Abschnitt 1) erklärt der Generalagent, daß die Durchführung des Sachverständigenplanes während des ersten Jahres den Erwartungen entsprochen hat. Die zwei Hauptaufgaben, mit denen die Sachverständigen betraut waren, nämlich der

Ausgleich des Reichshaushalts und die Stabilisierung der deutschen Währung

sind verwirklicht worden. Im Rahmen der Reparationszahlungen ist

die erste Jahreszahlung von 1000 Millionen Goldmark

während des Jahres restlos geleistet worden, und zwar vier Fünftel vermittels der deutschen Auslandsanleihe und ein Fünftel durch die Deutsche Reichsbahngesellschaft. Die Gläubigermächte erhalten diese Zahlungen meist in Gestalt von Sachleistungen.

Im Abschnitt 2 über die Verwaltung der Jahreszahlung schildert der Generalagent im einzelnen die Zusammensetzung der Jahreszahlung gemäß dem Sachverständigenplan und die Entrichtung und Verteilung der ersten Jahreszahlung. Von dem in Betracht kommenden Gesamtbetrage von 1000 Millionen Goldmark wurden vorweg gewisse ältere Verbindlichkeiten im Gesamtwerte von etwa 104 Millionen Goldmark geregelt, der Rest wurde dann für Rechnung der verschiedenen Gläubigerstaaten verauslagt, hauptsächlich zur Begleichung von Reparationsleistungen.

Der Anteil der französischen Regierung betrug etwa 455 Millionen Goldmark, der des britischen Reiches etwa 190 Millionen Goldmark, Belgiens etwa 115 Millionen Goldmark, Italiens etwa 67 Millionen Goldmark usw.

Mit Ausnahme der Vereinigten Staaten von Amerika, die bisher überhaupt keinen Teil ihres Anteiles an der Jahreszahlung in Höhe von 15 Millionen Goldmark in Anspruch nahmen, haben die anderen Gläubigerstaaten im großen und ganzen die sämtlichen, ihnen zustehenden Beträge im Verlaufe des Jahres entweder ausgegeben oder über sie verfügt.

Der Zinsen- und Tilgungsdienst der deutschen Auslandsanleihe von 1924 über einen Kapitalbetrag von 800 Millionen Goldmark ging während des ersten Anleihejahres in der vorgesehenen Weise vor sich. Als Vertreter der Treuhänder hat der Generalagent die erforderlichen Mittel aus der Jahreszahlung zur Verfügung gestellt und zu diesem Behufe während des ersten Anleihejahres etwa 88 Millionen Goldmark ausgegeben. Von diesem Betrage wurden etwa 26 Millionen Goldmark für Tilgungszwecke verwendet, wobei sich durch Marktkäufe zu niedrigeren als den Einlösungspreisen eine Ersparnis von über 2 Millionen Goldmark erzielen ließ.

Abschnitt 5 bespricht den Reichshaushalt für die Rechnungsjahre 1924/25 und 1925/26. Er geht auch auf gewisse Einzelheiten in den finanziellen Beziehungen zwischen dem Reiche einerseits und den Ländern und den Gemeinden andererseits ein, vornehmlich auf das Verfahren der Ueberweisung von Steuern, die vom Reiche erhoben werden, an die Länder und die Gemeinden. Auch auf die Haushalte einzelner Länder, nämlich Preußens, Bayerns, Sachsens und Badens wird kurz eingegangen.

Abschnitt 6 ist einer Darstellung

des gegenwärtigen Standes der deutschen Reichsschuld

gewidmet, die am 30. September 1925 auf etwa 2552 Millionen Reichsmark geschätzt wurde. In dieser Zahl sind jedoch die Verbindlichkeiten noch nicht einbegriffen, die das Reich durch die Aufwertung der alten Papiermarkanleihen übernommen hat. Der schätzungsweise ermittelte Nennbetrag der aufgewerteten Schuld soll sich auf 1821 Millionen Reichsmark belaufen.

Eine eingehende Erörterung der Verhältnisse in Bezug auf die

deutsche Währung und den deutschen Kredit

bringt Abschnitt 7. Der Bericht bejaht, daß die Wertbeständigkeit der deutschen Währung, die zu erreichen eins der Hauptziele des Sachverständigenplanes war, während des Berichtsjahres völlig aufrechterhalten wurde. Ferner wird geschildert, wie sich nach der alles durchsetzenden Zerrüttung durch die Inflation die Umstellung vollzog, und welche Maßnahmen die Regierung und die Reichsbank ergriffen haben, um entstehenden Schwierigkeiten zu begegnen. Im Verlaufe der Darstellung wird den Kreditverhältnissen volle Aufmerksamkeit geschenkt, wobei auch die öffentlichen Bankinstitute besonders berücksichtigt werden, die unter der Obhut des Reiches selbst oder der verschiedenen Länder und Gemeinden ins Leben gerufen und ausgebaut worden sind, und die in großem Maße darauf angewiesen sind, daß ihnen amtliche oder halbamtliche Gelder zur Bewirtschaftung überwiesen werden. Zu diesen gehören die Reichskreditgesellschaft, die Verkehrskreditbank, die Rentenbank-Kreditanstalt wie die Seehandlung, die Sparkassen und die Girozentrale. Bei dieser Gelegenheit wird auf den Gegensatz hingewiesen zwischen Geldmitteln über die diese öffentlichen Anstalten verfügen, und Geldmitteln, die den Privatbanken und der Industrie fehlen.

England und die Türkei.

Ein englisches Angebot aus dem Jahre 1922 an Jugoslawien. Die Türkei sollte aus Europa verdrängt werden.

Der Führer der selbständigen Demokraten, Svetozar Pribitschewitsch, hat in seiner jüngsten Rede in der Skupschtina bei Besprechung des Verhältnisses zwischen Jugoslawien und der Türkei sensationelle Enthüllungen über einen Versuch Englands gemacht. Die Mitteilungen wurden dann durch den damaligen Justizminister Dr. Laza Markowitsch teilweise berichtigt, teilweise ergänzt, in ihren Grundzügen jedoch bestätigt. England hat demnach Jugoslawien in den kritischen Tagen von 1922 ein Bündnis gegen die Türkei angeboten, um die Türkei aus Europa hinauszudrängen. Pribitschewitsch erklärte auch noch, daß er, der damals der Regierung als Unterrichtsminister angehörte, für diesen Krieg mit der Türkei gewesen sei, doch habe er damals seinen Willen gegen die Mehrheit im Kabinettsrat nicht durchsetzen können, da diese für die unbedingte Neutralität war. Angesichts der gespannten Lage zwischen England und der Türkei in der Mossulfrage gewinnen diese Enthüllungen im serbischen Parlament noch an Bedeutung.

Der gewesene Minister Dr. Larkewitsch nahm dazu folgendermaßen Stellung: Im Jahre 1922 bestanden zwischen England und Frankreich in der griechischen und der türkischen Frage große Meinungsverschiedenheiten, die sogar zu einem neuen großen Kriege zu führen drohten. Im September 1922 begab sich der damalige englische Außenminister Lord Curzon nach Paris, um noch einen Versuch zur Verständigung mit Frankreich zu unternehmen. Damals befanden sich auch der jugoslawische Ministerpräsident Paschitsch, Außenminister Ninitschitsch, der jugoslawische Gesandte Spalajkewitsch und Minister Markowitsch in Paris. Da sich damals zufällig auch der König von Jugoslawien in Paris befand, versuchte Lord Curzon Jugoslawien für eine gemeinsame Aktion gegen die Türkei zu gewinnen. Lord Curzon suchte Paschitsch in seiner Wohnung im Hotel Continental auf und machte ihm wegen eines Bündnisses konkrete Vorschläge. Paschitsch und seine Kollegen stellten sich aber damals auf den Standpunkt der Nichtintervention, wobei sie sich von folgenden Gründen leiten ließen: In einer Frage, in der zwischen den beiden großen Verbündeten Meinungsverschiedenheiten bestünden, könne Jugoslawien keine endgültige Stellung nehmen. Paschitsch hat daher auch Lord Curzon nahegelegt, im Interesse des europäischen Friedens einverständlich mit Frankreich vorzugehen. Dieser Standpunkt hat dann auch tatsächlich den Sieg errungen und statt zum Kriege kam es zu Frieden von Lausanne. Der zweite Grund, der gegen eine jugoslawische Intervention im englisch-türkischen Konflikt sprach, war die Rücksicht der Südslawen auf den russischen Standpunkt in der Dardanellenfrage. Belgrad konnte sich nicht der Tatsache verschließen, daß der große slawische Bruder den freien Ausgang nach dem Mittelländischen Meere brauche. Jugoslawien konnte daher nicht an einer Lösung der Dardanellenfrage mitwirken, an welcher die Vertreter des russischen Volkes nicht teilnehmen. Die Dardanellenfrage wurde dann auch in Lausanne in einem anderen Sinne gelöst, als es erfolgt wäre, wenn es zu einem Krieg zwischen England und der Türkei gekommen wäre, an dem auch Jugoslawien teilgenommen hätte.

Riza Khan erhält die Königswürde.

Teheran, 13. Dez. Die verfassunggebende Versammlung hat nach einer vierstündigen Sitzung einstimmig ein Ergänzungsgesetz zur Verfassung angenommen, das Riza Khan Pählawi die Königswürde zuerkennt. Nach diesem Gesetz wird sein ältester Sohn Kronprinz und bleibt die Königswürde in der neuen Dynastie erblich.

Schwindel mit den deutschen Aktien in Amerika.

In einer Zeit, wo in Deutschland alles nach Beteiligung des Auslandes schreit, wo man mehr denn je von Aktienkäufen des Auslandes eine Belebung des darniederliegenden Börsengeschäftes erhofft, muß es besonders unangenehm auffallen, wenn obendrein, d. h. außer der schlechten Behandlung der Aktionäre, in Deutschland durch die Verwaltungen usw.) im Auslande **Schwindel mit deutschen Aktien** getrieben wird. Noch dazu in Amerika, dessen Kapitalisten besonders für deutsche Anlagen geworben werden sollen! Schon vor Jahresfrist forderte eine Neuyorker Firma (Price, Guard u. Cie) Preise, die ins Reich der Fabel gehörten, für Aktien von Winkelbanken. In ausführlichen Prospekten wurde Propaganda für diese Aktien gemacht, u. a. wurde behauptet, daß es sich z. B. bei der damals vor der Auflösung stehenden Frankfurter Handels- und Gewerbebank um eine der „leitenden Banken von Frankfurt am Main" handele. Auch die führenden Persönlichkeiten der deutschen Bankwelt mußten für diesen Schwindel herhalten. Es wurde nämlich in einem weiteren Prospekt über die Aktien der Deutschen Handelsbank-A.-G. in Frankfurt am Main behauptet, daß in ihrem Direktorium sich solche führenden Persönlichkeiten befänden. Im Freiverkehr wurde damals für die Aktie der Frankfurter Handelsbank 8 Pfennig gezahlt. Daß für diese Aktie in Amerika 2½ Dollar pro Stück bezahlt werden sollten, daran ist zu ermessen, welch unglaubliche Formen dieser Schwindel angenommen hatte. Die Schwindler ließen es sich allerdings etwas kosten; denn die Werberundschreiben dieser Gesellschaft waren außerordentlich gut ausgestattet. U. a. wurde mit Bildern gearbeitet von Häusern, Tresoranlagen u. a., welche die treuherzigen Aktienkäufer für die enorme Bedeutung der Bank, auf deren Aktien sie hereinfielen, unterrichten sollten. Immerhin sind bei dem Preisunterschied sicherlich die Firmen, die sich nach und nach der oben genannten Neuyorker Firma anschlossen, auf ihre Kosten gekommen; denn auch in Amerika, wie überall in der Welt, gibt es leider immer noch genug Dumme, die auf derartigen Schwindel hereinfallen. Aber dieser Schwindel mußte sich letzten Endes natürlich für die Hereingefallenen katastrophal auswirken; denn ihre Aktien waren unverkäuflich und das gute Geld, welches sie in ihnen investiert hatten, mußte in den Schornstein geschrieben werden. Was aber merkwürdig